

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“
„Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Abzugspreis: Die 8-seitige Millimeterzeile oder deren Raum 400.— M. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Vereinskundliche und Besammlungsangelegenheiten 150.— M. Kleine Anzeigen per Wort 25.— M. — Adressänderung: Die Millimeterzeile 4-seitig oder deren Raum im Text 800.— M.

Freitag, den 13. Juli 1923.

Abzugspreis: Durch den Träger 800.— M. des Tages, die Post 600.— M. pro Monat und Abrechnung des Differenzbetrages für Monat Juli. Reichhaltig und gewinnbringend. Preisbeilagen: 60.— M. Postfach 100, Breslau Nr. 810 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 6837.

An die Partei!

Das Kabinett Cuno ist bankrott. Die innere und äußere Krise droht in den nächsten Tagen zur akuten Katastrophe zu führen. Die Nachrichten mehren sich, daß im besetzten Gebiet alle Vorbereitungen der rheinisch-westfälischen Separatisten fertig sind, um die Loslösung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates vom Reich zu proklamieren. Würden sich im Augenblick nicht die von Frankreich bestochenen führenden Geister dieser Loslösungsbestrebungen wegen der zu verteilenden Posten in den Haaren liegen, dann wäre die erste Aktion zur Verwirklichung ihrer Pläne am 14. Juli, dem Jahrestage des Bastille-Sturmes, zu erwarten gewesen. Der Termin ist nur um einige Wochen aufgeschoben. Wenn nicht alle proletarischen Kräfte sofort zum energischen Kampf gegen diese Hochverräter eingeseht werden, dann kommt die Rheinlandrepublik schneller als man erträumt.

Die süddeutschen Faschisten, die ihre Hand im Spiele haben und von denen ein Teil die Führungsrollen ausgehalten werden, haben auf ihren Tagungen beschlossen, die Proklamierung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates zum Anlaß zu nehmen, um unmittelbar nach der Seite ihrerseits loszuschlagen, um sich unter dem Vorwand, die Führung des aktiven Kampfes gegen den französischen Einbruch, in die Hand zu nehmen, ebenfalls vom Reich loszulösen. Die Aufmarschpläne der „Vaterländischen Verbände“ sind bis auf einzelne Punkte, Ludentorf und Hitler haben alles vorbereitet, um gegen Sachsen und Thüringen zu marschieren. Die norddeutschen faschistischen Organisationen, die Verbände Pommerns, Oberschlesiens, Ostpreußens haben alle Vorbereitungen getroffen zur militärischen Niederwerfung von Berlin und Hamburg. In Mecklenburg, der Provinz Brandenburg, Pommern, werden Reitervereine der Faschisten gebildet. An der Warthe und an der Oder sind bereits Pontons bereitgestellt zum Brückenbau für die faschistischen Stoßtrupps. Die Reichswehrtruppen bilden die Faschisten militärisch aus. Mahgebende Teile der Reichswehr arbeiten Hand in Hand mit den Faschisten. Die Verbindung der Reichswehr mit den Faschisten ist die militärische Stütze der Konterrevolution, die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unterstützen den Faschismus, um das Stimmprogramm gegen das Proletariat durchzuführen.

Die sozialdemokratischen Regierungsstellen, die Abgeordneten im Reich und in den Ländern, haben Berge von Material über die Vorbereitungen der Faschisten und Reichswehrstellen zum Bürgerkrieg. Sie sind zu feig, das Material zu veröffentlichen und die Arbeiterschaft zur Abwehr aufzurufen. Sie wissen, daß der Angriff bevorsteht; sie versuchen, mit einem Teil der deutschen Bourgeoisie die Große Koalition vorzubereiten, um so die Legalisierung des Faschismus dem Proletariat als das kleinere Übel darzustellen.

Parteilgenossen und Parteigenossinnen!

Wir gehen schweren Kämpfen entgegen! Wir müssen die höchste Aktionsbereitschaft entfalten. Auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie ist kein Verlaß. Wie in allen bisherigen Abwehrkämpfen des revolutionären Proletariats gegen die Konterrevolution wird die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter auch jetzt in Stich lassen und verraten.

Der Angriff des Faschismus braucht nicht in den Formen der Rapp-Duisches erfolgen; er kann beginnen als Reichsrevolte gegen Sachsen und Thüringen; er kann ausgehen von der Besetzung der rheinisch-westfälischen Provinz

und dem Angriff auf die Abwehrbewegung der Arbeiter. Selbst ein Angriff auf die Lohnkämpfe der Arbeiter kann die faschistische Front aufröhlen. Im Augenblick des Loschlagens der Konterrevolution wird die SPD zwar wieder heulmeiern, und radikale Töne von sich geben. Die Partei muß sich aber darüber klar sein, daß die SPD und die Gewerkschaftsführer im ersten revolutionären Abwehrkampf gegen den Faschismus völlig verfallen werden, sie als Führer der Arbeiterschaft nicht in Frage kommen.

Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbürokratie, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen.

Zu diesem Zweck müssen sofort alle Vorbereitungen für eine kampffähige Abwehraktion getroffen werden.

Die Kontrollausschüsse müssen jetzt schon sich darauf einstellen, mit den betreffenden Kleinhandlern und Kleinbauern sowie mit Hilfe der Landarbeiterschaft gegen die Großhändler, Großhändler und Großagrarien die Versorgung der industriellen Kampfgebiete mit Lebensmitteln vorzubereiten.

Die gemeinsamen proletarischen Abwehrorganisationen müssen allen Widerständen zum Trotz unzugänglich aus den Betrieben heraus organisiert werden.

Die Parteibezirke, die mit der Betriebszellenarbeit noch nicht fertig sind, müssen in den nächsten Tagen, innerhalb kürzester Frist, arbeitsfähige Betriebszellen ins Leben rufen.

Die Verbindungen der Bezirksleitungen mit den Ortsgruppen der Bezirke untereinander und mit der Reichszentrale sowie der Kurierdienst müssen sofort aufs sorgfältigste organisiert werden.

Die Partei muß ihre Organisation so schlagkräftig machen, daß sie auch im offenen Bürgerkrieg in ihrem einzigen Bezirk bereit ist.

Im Falle der Lahmlegung der legalen Verkehrsmittel, der Eisenbahn und Post bei einem Generalstreik oder bei militärischen Operationen, muß die Verbindung zwischen den Organisationen, der Druck und die Verbreitung von Propagandamaterial usw. unbedingt sichergestellt sein.

Die Pläne der Faschisten sind bis auf einzelne militärisch durchgearbeitet. Sie haben die Lösung ausgegeben: den Bürgerkrieg auf das brutalste und gewalttätigste durchzuführen. Alle Arbeiter, die den Faschisten Widerstand leisten, wenn sie gefangen werden, sollen erschossen werden. Zur Niederwerfung des Streik soll jeder sechste Mann der Streikenden erschossen werden.

Der Faschistenaufruf kann nur niedergeworfen werden, wenn dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengesetzt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis auf die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden sechsten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisationen an die Wand stellen.

Die faschistischen Verbände sind vollständig militärisch bewaffnet. Die Arbeiter, die heute noch keine Waffe besitzen, müssen wissen, wo und wie sie im Falle eines Angriffes sich Waffen beschaffen. In der Hauptsache wird die unbewaffnete Arbeiterschaft die schwerbewaffnete Polizei vernichten und durch ihre

Massen erdrücken können. Sie erst im offenen Kampf mit den Faschisten, durch die Eroberung der Waffen der Faschisten so ausrüsten, daß sie ihren Sieg vorwärtsreiben können.

Den schwersten Stoß haben unsere Genossen im alt- und neubesetzten Gebiet auszuhalten. Alleingelassen von den deutschen bürgerlichen Parteien, verraten von der Sozialdemokratie und von der Gewerkschaftsbürokratie, unter dem Druck des gewaltigen französischen Militarismus, der brutal, erbarmungslos sein Ziel verfolgt, wird die kommunistische Partei den Angriff allein parieren müssen. Sie kann sich der französischen Waffengewalt nicht mit bewaffneter Macht entgegenstellen, um so wichtiger muß die Waffe des politischen Massenstreiks angewendet werden.

Die SPD muß das gesamte Proletariat unter ihrer Fahne in den Kampf führen. Sie muß daher jetzt schon, sofort, alles versuchen, um die sozialdemokratischen, die christlichen und die parteilosen Arbeitermassen für den wichtigsten Abwehrkampf gegen die Bildung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaates zu gewinnen.

Die Partei muß aber auch entschlossen sein, unter Umständen allein zum Kampf aufzurufen und allein die Leitung des Kampfes zu übernehmen.

Diese Aktion bedeutet zum mindesten das Aufpflanzen der Fahne der revolutionären Widerstandes gegen den Entente-Imperialismus, des Widerstandes, der den flehentlichen Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus im Bunde mit Sowjetrußland vorbereitet, und dem Ziele, die Befreiung Deutschlands, entgegenführt.

Wir gehen entscheidenden Kämpfen entgegen. Wir müssen uns und die Massen vorbereiten, ohne Kompromiß, mit höchstem Mut und klarem Kopf. Die festgesetzten Terminen des Loschlagens können wieder hinausgeschoben werden.

Der englische Standpunkt

In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses hielt der Premierminister Baldwin seine seit langem erwartete Rede über Reparationen und Ruhrbesetzung. Sie gipfelt in der Versicherung, daß England und Frankreich im Ziele einig und lebhaft vorübergehend uneinig seien.

Wir sind entschlossen, so erklärte Baldwin, daß Deutschland bis zum vollsten Umfang seiner Fähigkeit Zahlungen leisten soll und bereit, Deutschland zu zwingen, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Als Nation von Geschäftsleuten wissen wir jedoch, daß, wenn wir von Deutschland eine übermäßige Leistung fordern, wir keinen Erfolg haben und daß wir und unsere Verbündeten die Hauptleidtragenden sein werden.

Wir sind, so sagte Baldwin weiter, nicht der Meinung, daß die in der deutschen Räte enthaltenen Vorschläge injuriert werden sollen, und können nicht billigen, daß Vorschläge, die Keime einer möglichen Regelung enthalten, gleichgültig behandelt werden. Wir haben die französische und belgische Regierung sowie die italienische benachrichtigt, daß wir gewillt sind, die Vorbereitung eines Entwurfes einer Antwort zu übernehmen. Wir sind fest überzeugt, daß Methoden, die nur zum Ruin Deutschlands führen können, für ganz Europa verhängnisvoll sein würden. Wir haben es von Anfang an klar gemacht, daß unserer Ansicht nach die Besetzung des Ruhrgebietes nicht geeignet ist, den Höchstbetrag an Reparationen für die Alliierten einzubringen (Beizahl). Die Alliierten erhalten weniger an Reparationen, als vor der Besetzung. Und noch

ben werden. Das ändert nichts an der gefährlichen Lage.

Parteilgenossen und Parteigenossinnen!
Die kommunistische Partei ist heute ein Machtfaktor, wie noch nie in der deutschen Revolution. Im ganzen Reich strömen neue Mitglieder, neue Leser der Parteipresse zu Tausenden und Zehntausenden zu. Die Partei wird in den kommenden Tagen oder Wochen die Feuerprobe ablegen müssen. Gelingt es uns, die breiten Arbeitermassen, die heute kampfbereit sind, mobil zu machen und sie zielfähig zu führen, dann kann dieser Kampf nur mit dem Sieg der Arbeiterklasse über die Konterrevolution enden.

Nur wenn wir den Willen zum Siege und zur Übernahme der Macht haben, wenn jeder Kommunist bereit ist, für die Rettung und Befreiung der Arbeiterklasse sein Leben zu opfern, nur dann wird unsere Partei die Partei des Sieges sein. Nur dann wird sie die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung aufrichten, die mittels der Schwerefälligkeit der Arbeiterklasse, Angestellten, Beamten, den schwerbedrängten Mittelstand vor Untergang und Verfallung rettet und dem französischen Imperialismus eine kampffähige Nation entgegenstellt.

Die Partei ist bereit, mit allen denen Schulter an Schulter zu kämpfen, die ehrlich und entschlossen nach innen und außen unter Führung des Proletariats kämpfen wollen.

Auf, schließt die Reihen der Avantgarde des deutschen Proletariats. Im Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!

Berlin, den 11. Juli 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Komm. Internationale)

ste erhalten, wird eingetrieben um den Preis der zunehmenden Zerrüttung des deutschen Wirtschaftssystems, mit der Aussicht auf den vollen Zusammenbruch dieses Systems. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die Wiederherstellung der Welt in Gefahr ist, und daß der Friede, für den so große Opfer gebracht wurden, auf dem Spiele steht.

Die englische Regierung hat bisher nicht erreichen können, daß die Franzosen ihre Vorhandstellung im Ruhrgebiet auch nur im geringsten zugunsten der englischen Kaufleute ändern. Die direkten Verhandlungen mit Poincaré und seinen Agenten haben zu nichts geführt. Auch der Versuch, einen neuen europäischen Krieg anzuzetteln (gegen Sowjetrußland und mit französischen Truppen als Preisrichter) ist fehlgeschlagen. Der französische Rivale ist stark, militärisch so stark, daß England ihm gegenüber hilflos ist. Die neuen Luftflottenrüstungen Englands sind allzusehr im Rückstand — militärisch kann der englische Imperialismus gegen den neuen Konkurrenten Frankreich nichts unternehmen. Die diplomatischen Pourparlers haben zu nichts geführt, also muß man zu neuen Methoden greifen. Diese neuen Methoden bestehen im Finanzdruck — Senkung des Frankenturces von der Londoner City aus — und in einem Verhandlungsdruck durch die Androhung, mit Deutschland separat Abkommen zu schließen und Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen.

Eine Aufnahme in den Völkerbund wäre für England im Augenblick vorteilhaft; es hätte in diesem englischen Machtinstrument eine

medr. Aber diese Aufnahme ist augenblicklich eine leere Fiktion.

Da Frankreich sich dem widersetzen wird, wird ein neues Schacherobjekt geschaffen. Die Franzosen werden zahlen müssen und zwar wollen die Engländer lediglich erreichen, daß das Ruhrgebiet nicht als Separat-Republik unter französischem Protektorat von Deutschland abgetrennt wird, sondern, wenn schon abgetrennt werden soll, als ein Staatsgebilde unter englisch-französischer Regie.

Das ist der Sinn des englischen Schrittes, den die deutsche Arbeiterschaft begreifen muß. Wenn es in den englischen offiziellen Auslassungen heißt, daß die Situation in Deutschland bedrohlich ist, so ist das vollkommen richtig, vorausgesetzt, daß das deutsche Proletariat in der Tat die Bedrohung sieht und abwehrt, die vor ihm außen- und innenpolitisch steht. Innenpolitisch macht die Bourgeoisie im Verein mit der Gewerkschaftsbürokratie einen Vorstoß zur Einführung der Inzestbühne. Die außenpolitische Ergänzung dazu, die sich mit der Kapitulation im Ruhrgebiet von selbst einstellen wird, wird die Schaffung eines Ruhr-Puffer-Staates und die Einführung einer internationalen Finanz- und Steuerkontrolle im unbesetzten Gebiet sein.

Die deutsche Arbeiterschaft und alle Kreise der deutschen Bevölkerung, welche die Rückföhrung verhindern wollen, können das nur tun im schlauesten und energischsten Kampfe gegen diejenigen deutschen Kreise, welche diese Pläne des „feindlichen“ Auslandes als vorläufig noch unabwehrbar, sehr bald geradezu ausgeführte Agenten fördern. Eine im revolutionären Sturm geschaffene revolutionäre Regierung der werktätigen Massen kann und wird diese sauberen Pläne der europäischen Bourgeoisie verhindern können.

Der Weg zur deutschen Freiheit

Die Kaderartikel haben die größte Ursache in die Reihen der christlichen Mitläufer der Rechtsradikalen hineingetragen. Der einfache Gedanke, die Zukunft Deutschlands, seine Größe, seine Würde und Ehre liege in der deutschen Arbeiterschaft und in ihren Kämpfen, fand offenbar Zugang zu den Köpfen und Herzen vieler, die bisher durch die gegenrevolutionären arbeitserföhrlichen Führer irreföhrt worden waren. Das „Heimatland“ vom 7. Juli, das in München erscheinende Zentralorgan der bayrischen Gewerkschaften, widmet einen langen Leitartikel der Frage: „Kader oder Schlageter?“ Es macht die größten Anforderungen, um seine Leser zu überzeugen, daß nicht das deutsche Proletariat Deutschland befreien wird, sondern umgekehrt. Es vertritt, daß die Nationalisten selbst mit der deutschen Arbeiterbewegung den Kontakt suchen werden, ohne sich unterordnen zu müssen. Die Gewerkschaften erfahren also bei dieser Gelegenheit — fürwahr zum ersten Mal — daß sie Arbeiter nicht werden, die Arbeiterbewegung nicht erlösen sollen, sondern mit ihr einen „Kontakt“ suchen.

In einem von wüstem Gekoch und strotzenden Aufschrei über das „Deutsche Tageblatt“ „Kader-Sobellson auf Gimpelgang.“ Mögen Kaders, die russischen Kommunisten, Argumente auch überzeugend klingen, „unsere Leute“ wird er nicht überzeugen: denn er heißt Sobellson. Er wird unseren Lesern nicht einreden, daß nämlich er, der Jude, mit der jüdischen Sonjehant und Deutschen helfen wird.

Noch schwerer — immer schwerer wird es werden, der christlichen, von kapitalistischen und französischen Agenten unter Mißbrauch ihres nationalen Geföhls eingetragenen Kleinbürgerlichen Jugend einzureden wollen, daß der Weg zur deutschen Freiheit über die Hände der deutschen proletarischen Freiheitsbewegung führt. Das freie Deutschland wird ein proletarisches Deutschland sein — oder es wird nicht sein.

Die Ruhrtruppen in Paris

Paris, 12. Juli

Eine Abteilung der französischen Truppen im Ruhrgebiet ist gestern vormittag im Pariser Orbanhof eingetroffen, um an der Truppenkammer des 14. Juli teilzunehmen. Auf dem Marsch durch die Stadt ereigneten sich Zwischenfälle. In der Rue Lafayette wurden die vorüberziehenden Soldaten am Versammlungshaus der Kommunistischen Jugend mit Flugdröhten und Brodschüben überschüttet. Die Regierungsbürokratie weicht, daß sich für die Pointure begeisterte Bürgertum entröhrt gegen diese kommunistische Propaganda gewöhrt und die Flugdröhten auf der Straße verbrannt habe. Während des Weitermarches wurden einige Soldaten vom Hühlerhof getroffen. Die furchtbare Leidenart, die seit einigen Tagen das Leben in der Pariser Straßen unruhig macht, war der Soldaten nach der langen Reise von Versailles bis Paris gefährlich geworden. Die Presse verlangt, daß unter diesen Umständen die Truppenkammer abgelehrt werden soll.

Militärische Besetzung Limburgs

Limburg, 12. Juli

Genie früh sechs Uhr wurde laut „Nagener Post“ Limburg, das seit dem 15. Mai nur für besetzt erklärt wurde, militärisch besetzt. Die Stadt wurde sofort von französischen Kommandos als französisches Territorium vom 12. Juli ab erklärt. Als Besetzung haben die Franzosen das hiesige Gymnasium einbezogen, auf dem die französische Fahne gehißt wurde.

Der Stahlhelm rüftet

Trotz des Verbotes des „Stahlhelms“ wird auch aus Götting in Anhalt gemeldet, daß diese Faschistenorganisation mit jedem Tage der Arbeitserföhrer und -reicher begegnet. Sie fahren in die Urwälder bis nach Wittenberg und halten mit blühender Übung an. Außerdem dem Stahlhelm gibt es noch einen „Werkwolf“ und eine „Waldschützengruppe“. Auch in Sachsen macht der „Stahlhelm“ Fortschritte. So wurde jüngst in Pleß ein Gruppe von 14 Mann gebildet, an deren Spitze ein Leutnant steht. Auch aus Pommern kommen immer neue Meldungen über faschistische Rüstungen. Besonders in Ostpreußen wird dort auch die Reichswehr. Wie es heißt, soll auch der in Pommern auf Festung weisende von Jagow geborene „Ulaubrelen“ unermüdet und sich B. auf einem Gute bei Stargard mit dem bekannten Lettow-Vorbeck zu Konferenzen getroffen haben. Die faschistische Jugend in Pommern läuft gruppenteils und organisiert herum. Das Proletariat in Pommern muß ganz besonders auf der Hut sein, sich nicht überumpeln zu lassen.

Rüftet zum Antifaschistentag!

Aus Bremen wird uns gemeldet: Der „Völkische Beobachter“ kommt jetzt in über 200 Exemplaren durch die Post nach Bremen. Auch aus solchen Beobachtungen kann man überall entnehmen, wie die Arbeiter den Faschisten gegenüber die Augen aufzubehalten haben. Ein SPD-Führer in Bregenz, Mitglied des dortigen Stadtparlaments, ist aus der SPD ausgestiegen und gründete jetzt eine neue USPD-Gruppe. Mit solchen Halbschritten kommt man nicht weiter, der Weg geht zur und mit der SPD.

Buchpreise für Marlenbrot

Antiföhrlich wird mitgeteilt, daß vom 28. Juli ab der Abgabepreis der Reichsgetreidekasse für das von ihr an die Kommunalverbände zur Marlenbrotversorgung gelieferte Getreide von 800000 M. für die Tonne auf 2,4 Millionen Mark erhöht wird. Die Brotpreise werden sich dadurch mindestens verdoppeln.

Infolge dieser neuen Getreidepreiserhöhung wird das Marlenbrot auf den mehrheitlichen Buchpreis von 8000 bis 10000 Mark steigen. Die ersten Folgen des von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten angenommenen Gesetzes „zur Sicherung der Brotversorgung“ zeigen sich. Nicht die Brotversorgung ist gefährdet; denn diese neuen Brotpreise bedeuten den nächsten Hunger für zahllose Arbeiterfamilien. Geföhrt ist allein der Zuehergewinn der Junker und Großgrundbesitzer. Von einer Verbilligung des Brotes für die Arbeiterfamilien, mit der die Sozialdemokratie die Zustimmung zum Brotversorgungsgesetz zu bewerkstelligen versuchte, ist keine Rede mehr.

Diese neue Preiserhöhung ist aber nur der erste Schritt. Der hemmungslose Zueher beginnt erst, wenn nach der ebenfalls mit der Zustimmung der Sozialdemokratie angenommenen Zustimmung dieses Gesetzes am 15. September das Marlenbrot wegfällt und mit dem 31. Dezember die Reichsgetreidekasse aufgelöst wird. Dann haben die wuchernden Junker vollends freie Bahn. Dann füllen sich ihre Kassenströme. Dann müttet der Hunger unter den Massen noch mehr als heute. Die neuen Buchpreise für das Brot unterstreichen die Jämmerlichkeit der in dem Schicksalspruch für die Metallarbeiter errichteten Löhne. Ein Federstrich der Reichsgetreidekasse genügt, um die „Wertbeständigkeit“ jeder Wöhne illusorisch zu machen.

Von zwei Seiten her muß die Arbeiterschaft den Kampf gegen diese schamlose Auswucherung aufnehmen. Sie muß einmal Friedensreaktionen erlömpfen. Sie muß zum anderen die Preis- und Produktionskontrolle zusammen mit der Sachwertverfassung erzwingen.

Ein Paar Stiefel über 1 Million

Der Verband selbständiger Schuhmacher Groß-Berlins gibt folgende Richtsätze, gültig ab 9. Juli, bekannt: Herrenstiefeln und -ohnte, genäht, 113493 — 124263 Mark. Damenstiefeln und -ohnte, genäht, 83638 — 92664 Mark. Neue Herren- und Damenstiefel von 1118000 Mark an.

Sozialdemokratischer Aufruf an die Partei

Berlin, 13. Juli

Den Aufruf der SPD an die Partei hat der „Vorwärts“ im Stile der bürgerlichen Presse mit Beschimpfungen abtun versucht. Heute vertritt die Partei den Stand der SPD einen Aufruf, worin es heißt, daß nur der Sozialismus der einzige Weg zur Befreiung sei, und daß der Kampf gegen Junker, Kleinrentner, Folgschmarren und mit lebenswichtigen Nachbarn aufgenommen werden muß. Praktisch schlägt der Parteivorstand der SPD, das vor: In Juli sind doppelte Parteibeträge zu erheben.

Ein Solidaritätsbeweis aus Sowjetrußland

Die Redaktion der „Roten Fahne“ erhielt am 10. Juli von Genoffin Anna Stenberg aus Sowjetrußland einen Brief mit 640000 Mark zur Unterstützung des Metallarbeiterkampfes. Ein solches Geld der sowjetischen Funktionäre des DRR übergeben, die über ihre weitere Verwendung entscheiden soll.

Genoffin Stenberg schreibt in ihrem Brief: „Ich erlaube mir meinen bürgerlichen Verwandten aus dem Ausland zu schreiben, daß es notwendig ist, daß sie sich nicht scheuen, sich zu beteiligen, wo es um die Sache geht.“

Die Berliner Metallarbeiter werden diesen ermutigen Beweis einer Solidarität zu würdigen wissen und daran denken, daß was weit über die deutschen Grenzen hinaus mit Aufmerksamkeit und Teilnahme ihren Kampf verfolgt.

Die Streiklage in Berlin

Berlin, 13. Juli

Wie gemeldet wird, sollen die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verteilung des Bauarbeiterstreiks zu einem positiven Ergebnis geföhrt haben. Die Bauarbeiter haben durch die von ihnen selbst geschaffene Körperschaft, die Baudelegiertenkommission, von vornherein jedes Angebot abgelehnt, worin nicht die Forderungen der Baudelegierten berücksichtigt sind. Die Gewerkschaftskommission greift deshalb die Kommission der Berliner Baudelegierten heftig an, und bezieht sie, eine kommunistische Einseitigkeit zu sein.

In Xue im Erzgebirge haben die Bauarbeiter ein Wohnabkommen getroffen, das für die 2. Juliwoche einen Stundenlohn von 30 000 Mark vorsieht. Die Bauarbeiter sind dort im Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter.

Die Niederlage der Berliner Metallarbeiter

Die schändliche Zäit der reformistischen Bürokratie des Metallarbeiterverbandes hat zum Ziel geföhrt. Auf Grund des Resultates der überführten Abstimmung hat das Metallartell die Wiedereinnahme der Arbeit am Freitag proklamiert. Obwohl sich eine übergroße Mehrheit für Ablehnung der Schandvereinbarung ergab, li nach der Angabe der Zentralleitung die erforderliche Dreiviertel-Majorität nicht erreicht worden.

Die Metallarbeiter gehen zurück in die Betriebe, aber der Kampf ist nur aufgeschoben, sie kommen wieder, wenn sie eine ehrliche Kampfleitung geschaffen haben.

Nach der Vereinbarung im Reichsarbeitsministerium sollen in Betrieben, die vom Metallartell befreit werden, keine Maßregelungen vorgenommen werden. Damit hat das Metallartell sich einverstanden erklärt, daß in nicht funktionierenden Betrieben Maßregelungen vorgenommen werden.

Die Kampftruppen der Berliner Metallarbeiter standen in ungebrochener Kampfstimmung. Sie waren entschlossen und einzig, solange durchzufallen, bis der Widerstand der Schachtmacher vom Verband der Berliner Metallindustriellen niedergelungen war. Aber die Streikleitung, die in ihrer übergroßen Mehrheit aus eingeseherten Reformisten bestand, hat von vornherein den Kampf sabotiert. Entgegen den Anträgen der 10 kommunistischen Streikleitungsmitglieder, die 33 Reformisten gegenüberstanden, wurde der Streik nur auf einen Teil der Betriebe ausgedehnt. Nur widerstrebend, unter dem stärksten Druck, gab man die Sanktion für einzelne selbständig eingesehene Felegschafter. Mit allen Mitteln arbeiteten die Reformisten gegen die zum Kampf drängenden Massen, eine Kampfverbändung mit den freiesten Holz- und Bauarbeitern und anderen Arbeiterkategorien wurde beharrlich abgelehnt. Von vornherein lehnte man einen Appell an die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft ab.

Mit den Verhandlungen am 9. Juli griff die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu ausgeföhren gelben Methoden. Sie verfuhr, das lebende Verhandlungsergebnat der Funktionäre wie den Mitgliedern geheimzuhalten, und sah zu, wie im „Vorwärts“ und in der bürgerlichen Presse das Resultat als „glänzend auszuföhrt“ wurde. Nachdem die Funktionäre versammlung mit Tinkturen-Mehrheit also mit dem größten Teil der SPD-Funktionäre das Schanze u. a. angeht hat, gab das Metallartell ein Flugblatt heraus, in dem die Zerfall zu direkten Augen griffen. Während der ganzen Streikzeit hielt es das Metallartell nicht für nötig, ein Flugblatt zur Aufklärung und Aufklärung der Kampfenden vorzubereiten. Nachdem man nach der Funktionäreversammlung die überführte Abstimmung angenommen hatte und darauf zählte, daß viele anstandslos wohnende Abstimmungsberechtigten nicht benachrichtigt werden konnten, wurde das Flugblatt in die Massen geworfen, in dem über den Kopf der Funktionäre hinweg die Annahme der Vereinbarung empfohlen wurde. Es wird in der Flugblatt hervorgehoben, daß die Funktionäre gegen die Vereinbarung angeschlossen haben, dagegen wird gelogen, daß die Vereinbarung der Okulte mit Mehrheit den Beschluß für Annahme geföhrt hätte. Die Okulte waren in der Mehrheit dagegen und eine Abstimmung fand nicht statt. In gelber Manier werden in dem Flugblatt den Streikenden die „großen materiellen Opfer“ vor Augen gehalten.

All dies läßt sich nicht anders erklären, als daß die reformistische Bürokratie von vornherein die Niederlage der Streikenden wollte. Im Interesse der Arbeitsgemeinschaftspolitik des DRR, im Interesse des Kaufhandels und die große Reaktion wollten die Zentralleitungen des DRR und der SPD. Ruhe in Berlin. Das schändliche Eingreifen der Gewerkschaft des Sozialdemokraten Richter beweist, daß man einen Anlaß sucht, um ein Mißtrauen unter den Streikenden anzuhängen.

Die Diskussion, Reizheit und Gemessenheit, wie ihre Kamakalen, die Ulrich, Jiska und die Mehrheit der Streikleitung haben ihre Aufgabe in der systematischen Zerföhren der Kampftruppe. Sie machten jeden Versuch, den Kampf abzumachen, selbst wenn dabei die Organisationsleitung zerstört werden sollte. Zynisch erklärte ein Zirkus in der Generalversammlung des DRR, daß er nichts dagegen hätte, wenn 4000 opportunistische Mitglieder den Verband den Rücken kehrten. Diese erbärmlichen Kamakalenleuten rechnen damit, daß sie auf dem nächsten Verhandlung ihre Positionen behaupten können, wenn vorher ein großer Mißtrauen erfolgt. Die Berliner Metallarbeiter müssen sowohl die erbärmliche Zerföhren der „großen“ wie der

kleinen reformistischen Streikenden durchkreuzen. Kein Schritt aus der Gewerkschafts-Interaktion des Verbandes muß leicht Abrechnung vorgenommen werden. Jedoch, der jetzt in dieser Situation der Gewerkschaft den Rücken kehrt und die Opposition schwächt, leitet den Streikmann, Ulrich usw. Vorwärts. Die kommenden Verhandlungswahlen müssen zur gründlichen Abrechnung werden!

Landarbeiterstreik in Schleswig-Holstein und Kassel

Die Streikwelle der hungernden Landarbeiter breitet sich immer mehr aus. Zu dem großen Landarbeiterstreik in Schlesien, Ostpreußen, Sachsen, kommen jetzt die Landarbeiterstreiks in Schleswig-Holstein, wo in den Kreisen Segeberg, Plön, Bordesholm, Eckernförde und Oldenburg die Arbeit vollständig ruht. In Kassel stehen sieben Güter im Streik. Auch dort befehnt sich der Streik weiter aus. Sie fordern 400 Prozent Darlohnerrhöhung und die Verdoppelung des Deputats.

Landarbeiterstreik! Kommunistische Machepheult die bürgerliche und sozialdemokratische Presse, schreit auch die Gauleitung des DRR, genau so, wie bei dem Landarbeiterstreik in Ostpreußen. Was ist damit? In Schleswig-Holstein hat genau so wie in Schlesien und allen anderen Bezirken Deutschlands die ungläubliche Lohnpolitik des DRR, welche die Mitglieder stets vor vollendete Tassen stellte, die Landarbeiter in immer größerem Mende gebracht. Jede abholitionelle Rezung wurde auf die rigoroseste Art zu unterdrücken versucht. Für den Gauleiter Hansen in Kiel war immer nur das maßgebend, „wir bestimmen, wir geben Suren Forderungen nicht nach, und wenn 20 000 Mitglieder davonlaufen!“

Wie groß das Mende unter den Landarbeitern ist, davon machen sich nur wenige einen Begriff. Sollten doch die Landarbeiter neben dem Deputat, das nicht zur Ernährung der Familie ausreicht, einen Stundenlohn von 500 Mark bekommen, und die Freiarbeiter (Geldlohnempfänger) einen Stundenlohn von 3000 Mark. Und dieses schändliche Abkommen war das Resultat der arbeitsgemeinschaftlichen Verhandlungen des DRR mit den Gutseheren. Ist es da nicht begreiflich, daß die Landarbeiter, als dieses Abkommen bekannt wurde, nicht nur spontan ihren Arbeitgebern ein Ultimatum stellten, und als diese eine Erhöhung der Löhne ablehnten, sofort in den Streik traten?

Aufgabe der Landarbeiter ist es, darüber zu machen, daß die Bürokratie des DRR nicht wie in Schlesien, Ostpreußen und Sachsen den Kampf abwürgt, sondern sie müssen alles tun, um den DRR zu zwingen, oder wenn es notwendig ist, über die Führer des DRR hinweg, den Streik über ganz Schleswig-Holstein ausdehnen. Des weiteren müssen die Landarbeiter als Kampfmaßnahmen aufstellen sofortige Einstellung aller Hofhandarbeiten. Nur so werden sie imstande sein, die Großbauern und Junker und Großgrundbesitzer zu zwingen, ihren berechtigten Forderungen nachzugeben.

Die Landarbeiter in Kassel müssen, wenn sie ihre Forderungen durchsehen wollen, dieselben Kampfmaßnahmen wie die Schleswig-Holsteinischen Landarbeiter durchführen, und ein maßgebendes Auge auf ihre Führer haben.

Parteiaufbau

In unsere ländlichen Ortsgruppen! Parteiorganisation!

In der gestrigen Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ist die zweite Nummer unserer Landbeilage „Die Rote Siegel“ erschienen. Die Beilage eignet sich vorzüglich zur Agitation auf dem Lande unter Landarbeitern und Kleinbauern, und erscheint jeden Sonntag. Wir werden von dieser Beilage stets eine größere Auflage drucken lassen, damit sie zur Agitation verwendet werden kann.

Ortsgruppen, welche Extranummern der „Roten Siegel“ zur Propaganda wünschen, sollen dies rechtzeitig bei uns melden.

Wir werden sie zum Selbstkostenpreis berechnen, so daß sie billigt abgelehrt werden können. Bestellungen für die nächste Nummer müssen bis spätestens Mittwoch, den 18. Juli, bei uns einlaufen.

Die Bezirksleitung SPD, Schlesien.

Ortsausflug des DRR Waldenburg

Am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 6 1/2 Uhr, findet im großen Saal im Hotel zum Goldenen Schwert in Waldenburg eine Konferenz statt.

In derselben sind stellvertretende Vertrauensleute und Betriebsräte sämtlicher freigewerkschaftlichen Organisationen im niederschlesischen Industriegebiet eingeladen.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Fabrikreparatur-Reparatur. Referent: Genoffe Dr. Hamburger-Breslau. 2. Freie Ansprache. 3. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden sämtliche oben angeführten Funktionäre der Organisationen ersucht, sich pünktlich zu beteiligen. Zutritt nur gegen Ausweiskarte. Der Parteivorstand.

Beschlüsse der Erweiterten Exekutive

Gewerkschaftsfragen

1. Ein linker Flügel der Amsterdamer.

In den letzten Monaten vollzieht sich innerhalb des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung ein großer Umschwung. Dieser Umschwung findet seinen Ausdruck darin, daß innerhalb der Amsterdamer Internationale sich ein linker Flügel gebildet hat, der bestrebt ist, zusammen mit den russischen Verbänden und durch sie auch mit der Roten Gewerkschaftsinternationale und den ihr angeschlossenen Organisationen eine Einheitsfront zu bilden. Am deutlichsten offenbart sich diese Strömung auf der internationalen Konferenz der Transportarbeiter, wo zwischen den Organisationen, die der Amsterdamer Internationale angehören sind, und denen der Roten Gewerkschafts-Internationale ein Bloch zur Bekämpfung der Kriegsgefahr und der faschistischen Reaktion geschlossen wurde. Dieselbe Tendenz äußerte sich ferner in den Abmachungen zwischen dem Internationalen Metallarbeiterbund und dem russischen Metallarbeiterverband und in einer Reihe analoger Bestrebungen in anderen Berufs-Organisationen.

2. Ursachen des reformistischen Bankrotts.

Dieser Umschwung ist die Folge zweier Ursachen:

- a) des Bankrotts der arbeitgemeinschaftlichen Politik der Amsterdamer Internationale und
- b) der fortschreitenden Revolutionierung der Arbeitermassen infolge unserer Taktik der Eroberung der Gewerkschaften und der Einheitsfront.

Der Bankrott der reformistischen Taktik äußert sich in der Tatsache, daß die Gewerkschaften aufstehen waren, der Offensive des Kapitals irgendwie wirksam zu begegnen und die fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage des Proletariats aufzuhalten und besonders bei Ausbruch des Ruhrkonflikts, wo die reformistischen Gewerkschaften so wenig wie 1914 fähig waren, der kapitalistischen Raubpolitik und imperialistischen Kriegen durch Entfesselung des rückichtslosen Klassenkampfes zu begegnen.

Bei dieser Sachlage mußte der Kampf der Kommunisten für die Einheit der Gewerkschaften für gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern aller Richtungen den breiten Massen zeigen, daß von sämtlichen Arbeiterparteien nur die kommunistische Partei einen wirklichen Kampf gegen die Knechtung der Werktätigen führt.

3. Die Aufgaben der Kommunisten.

Die neue Lage stellt vor sämtlichen kommunistischen Parteien die Frage auf, wie die von den Kongressen der kommunistischen Internationale festgelegte Taktik weiterhin verwirklicht werden soll. Die bloße Propaganda um die Einheitsfront ist nicht mehr ausreichend, jedem Arbeiter müssen die Ursachen der Einheitsfront, die Formen ihrer Bildung und die Kampfmethoden der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Front klargemacht werden. Man muß jedem Arbeiter eine deutliche Vorstellung davon verschaffen, was wir unter Einheitsfront verstehen, wie wir uns die Bildung denken und was alle Arbeiter insgesamt und jeder insbesondere zu tun hat, sobald diese Einheitsfront hergestellt ist. Der Einheitsfront muß eine organisierte Grundlage durch Bildung gemeinsamer Komitees gegeben werden, die je nach Ort und Zeit den verschieden gelagerten Verhältnissen angepaßt werden müssen.

Die Ausarbeitung konkreter Aktionsprogramme nach Industrien und Bezirken muß die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft sein.

4. Die Rolle der Betriebsräte.

Unser Kampf für die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung muß hauptsächlich vom Betrieb ausgehen, weil hier der Arbeiter die Notwendigkeit der Einheitsfront am deutlichsten empfindet. Es hat sich gezeigt, daß die Betriebsräte die geeignetsten Organe der Einheitsfront sind. Darum haben die Kommunisten in den Ländern, wo noch keine Betriebsräte bestehen, in den breiten Massen für die Errichtung von Betriebsräten zu kämpfen und dort, wo sie bereits bestehen, mit aller Kraft für ihre Revitalisierung zu sorgen und für die Erweiterung ihrer Rechte zu kämpfen.

Die Verbetragung des Schweregewichts der Arbeit in die Betriebe und der Kampf für die

Schaffung von Betriebsräten bedeutet keineswegs, daß die Betriebsräte die Gewerkschaften organisatorisch ersetzen sollen. Eine solche Auffassung würde zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung führen und muß auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden. Sie würde unseren Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften und auch deren Umgestaltung zu Industriebereitschaften erschweren und die Verbände den gegenwärtigen reformistischen Führern ausliefern.

5. Nationalitäten und Gewerkschaft.

In denjenigen Ländern, wo Arbeiter verschiedener Nationalitäten und Rassen vorhanden sind, müssen die Kommunisten dafür kämpfen, daß die Arbeiter aller Nationalitäten und Rassen einem und demselben Verbände angehören. Aber in diesem Kampf zur Beseitigung der nationalen Vorurteile unter den Arbeitern muß die kommunistische Partei, die die Arbeiter der vorherrschenden Nationalitäten umfaßt, noch entschiedener gegen die Elemente der Arbeiterbewegung ankämpfen, die unter Benutzung des internationalen Banners die freie Entwicklung der unterdrückten Nationen irgendwie hemmen wollen.

Dort, wo die Arbeitermassen noch unter den Folgen eines langjährigen nationalen Hasses zu leiden haben, ist bei Konflikten zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten, wie gering diese Konflikte auch wären, seitens der Kommunisten ein besonders entgegenkommendes und aufmerksames Verhalten erforderlich, da andernfalls die kleinsten organisatorischen Unstimmigkeiten zum Ausgangspunkt eines Wiederaufloderns des Nationalitätenkampfes zwischen den Arbeitern, d. h. zu einer gegenseitigen Entfremdung der revolutionären Elemente führen können.

6. Gegen die reformistischen Spaltungstendenzen.

Die fortschreitende Spaltungspolitik der reformistischen Gewerkschaften muß auf entschiedenen Widerstand stoßen (Propaganda, Agitation, organisatorische Maßnahmen usw.). Im Falle eines Ausschusses von einzelnen Arbeitergruppen oder von ganzen Verbänden muß man die Ausschüsse zusammenhalten und alles versuchen, um ihre Wiederaufnahme durchzusetzen. Auf keinen Fall dürfen oppositionelle Elemente, aus den alten Verbänden herausgezogen werden.

In denjenigen Ländern, wo zwei parallele, eine reformistische und eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung existieren (z. B. Frankreich, Tschechoslowakei, Spanien usw.), haben die aus den reformistischen Gewerkschaften ausgeschlossenen Verbände der revolutionären Gewerkschafts-Vereinigung beizutreten. Dagegen müssen auch in diesen Ländern ausgeschlossene Einzelmitglieder und Gruppen um ihre Wiederaufnahme in die reformistischen Verbände kämpfen, solange dies im Interesse der revolutionären Arbeiterbewegung zweckmäßig erscheint.

7. Die Aufgabe der Propagandaliteratur.

Die Erweiterte Exekutive der K. P. fordert die gesamte Parteipresse auf, das Leben und den Kampf der Gewerkschaften aufmerkamer zu verfolgen, die Tätigkeit der revolutionären Verbände und der oppositionellen Minderheiten und Fraktionen eingehend zu beleuchten und alle organisatorischen und politischen Erfahrungen systematisch auszuwerten. Besondere Aufmerksamkeit ist der Schaffung einer agitatorisch-propagandistischen Gewerkschaftsliteratur zu widmen. Sämtliche kommunistische Parteien müssen regelmäßig Berichte über die Tätigkeit ihrer Fraktionen in den Gewerkschaften an das Exekutivkomitee einreichen, damit die Erfahrungen des einen Landes Gemeingut der gesamten internationalen Bewegung werden.

8. Aktive Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten.

Jedes Mitglied der K. P. ist verpflichtet, sich seiner zuständigen Gewerkschaftsorganisation anzuschließen und in den kommunistischen Fraktionen bzw. in der revolutionären Oppositionsbewegung aktiv mitzuarbeiten. Die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften muß den Grundfragen und Beschlüssen der Roten Gewerkschafts-Internationale entsprechen. Die Sektionen der kommunistischen Internationale müssen alle Anstrengungen machen, um die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Welt unter dem Banner der Roten Gewerkschafts-Internationale zu vereinigen.

9. Kampf für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit.

Indem die Erweiterte Exekutive der K. P. von den Vereinbarungen zwischen den Transportarbeitern und Metallarbeitern mit Befriedigung Kenntnis nimmt, fordert sie sämtliche kommunistische Parteien auf, alle Versuche zur Bildung einer Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung und zur Wiedervereinigung der in einigen Ländern getrennten Gewerkschaftsbewegungen energisch zu unterstützen und die Sprengung und Sabotage bereits abgeschlossener Uebereinkommen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtungen auf das Entschiedenste zu bekämpfen. Die kommunistischen Parteien müssen die Initiative der Transportarbeiter und Metallarbeiter unterstützen und alles tun, um analoge Abkommen auch auf andere Industriezweige auszudehnen und dadurch die Herstellung einer organisierten Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten.

Das Verhältnis der Kommunisten zur Religion

In Anbetracht dessen, daß in der schwedischen kommunistischen Presse falsche Behauptungen aufgestellt worden sind, die unter Kommunisten Verwirrung hervorzurufen können, erklärt das Plenum der Exekutive der Komintern folgendes:

Die Kommunisten fordern, daß die Religion Privatsache bleibt im Verhältnis zum bürgerlichen Staat; unter keinen Umständen aber dürfen Kommunisten den Standpunkt vertreten, die Religion sei Privatsache auch im Verhältnis zur kommunistischen Partei. Die Kommunisten fordern, daß der bürgerliche Staat als solcher keinerlei Beziehungen zur Religion habe und die religiösen Gesellschaften in keinerlei Weise mit der bürgerlichen Staatsgewalt verbunden seien. Die Kommunisten fordern, daß es jedem Bürger freigestellt bleibe, sich zu einer beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d. h. Atheist zu sein, was gewöhnlich jeder bewußte Kommunist ist. Die Kommunisten bestehen darauf, daß der Staat in den Rechten der Bürger auf Grund des Kriteriums der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem religiösen Glauben keinerlei Unterschiede wahren lassen darf. Die Kommunisten streben danach, dem bürgerlichen Staat jede Möglichkeit zu nehmen, den kirchlichen oder religiösen Gesellschaften irgendwelche materielle oder sonstige Unterstützung zu gewähren. Das zusammengefaßt, stellt gerade jene Forderung dar, die die Religion im Verhältnis zum Staat zur Privatsache erklärt.

Noch die kommunistische Partei kann sich auf keinen Fall gleichgültig gegenüber der Tatsache verhalten, daß einzelne ihrer Mitglieder, und sei es auch als „Privatpersonen“, sich religiöser Propaganda widmen. Die kommunistische Partei stellt einen aus freiem Willen geschlossenen Bund bewußter, fortgeschrittener Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse dar. Die kommunistische Avantgarde der Arbeiterklasse kann und darf sich zur Unausgeglichenheit, Unbildung und zum religiösen Obskurantismus nicht gleichgültig verhalten. Die kommunistische Partei hat die Pflicht, ihre Mitglieder zu erzehlen nicht nur im Sinne der fängewöhnlichen Befolgung eines bestimmten politischen Programms, sondern auch im Sinne der scharfumschriebenen, einheitlichen Weltanschauung des Marxismus einzukämpfen, von dem der Atheismus einen wesentlichen Bestandteil bildet.

Es versteht sich von selbst, daß die antireligiöse Propaganda besonders verpflichtet und in gründlich überlegter Weise, mit Rücksichtnahme auf die Schichten, unter die sie getragen wird, betrieben werden muß. Die antireligiöse Propaganda der Kommunisten muß insbesondere unter der Jugend, nach einem gründlich durchdachten Programm und unter Berücksichtigung aller besonderen Umstände geführt werden.

In einer kommunistischen Massenpartei sind sich zuwenden Mitglieder, die sich religiöser Stimmungen und Vorurteile noch nicht ganz entledigt haben. Die Partei als Ganzes dagegen, insbesondere deren führende Schichten, müssen die religiösen Vorurteile

bekämpfen und in jeder Hinsicht der Welt den Atheismus propagieren. Eine aktive Agitationspropaganda seitens führender Gewerkschaften, besonders der Intellektuellen unter ihnen, mag sie auch noch so in der Form annehmen, ist absolut unzulässig.

Die Kommunisten sprechen sich dafür aus, daß man alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre religiösen Anschauungen in die Reihen der Klassenpartei tragenden Gewerkschaften einbezieht. Eingedenk dessen, daß es in verschiedenen Ländern noch Millionen Arbeiter gibt, die in dieser oder jener Weise religiös getauft sind, müssen die Kommunisten sie in den allgemeinen ökonomischen und politischen Kampf hineinzuziehen dürfen sie aber unter keinen Umständen wegen ihrer religiösen Vorurteile etwa zurückweisen. Im besonderen haben die Kommunisten bei der Agitation für eine Arbeiterregierung oder eine Arbeiter- und Bauernregierung immer wieder zu betonen, daß sie damit allen Arbeitern, ohne Rücksicht darauf, ob sie religiös getauft oder Atheisten sind, ein brüderliches Bündnis vorschlagen.

Der Fünfte Weltkongress: März 1924

Fünf Jahre kommunistische Internationale. Im März 1924 blüht die kommunistische Internationale auf fünf Jahre Kampf und Arbeit zurück. Die Erweiterte Exekutive beschließt deshalb, den Fünften Weltkongress im März 1924 abzuhalten.

Das Präsidium des E. K. P. wird beauftragt, sich wegen der Abhaltung der nationalen Parteitage mit den einzelnen Sektionen in Verbindung zu setzen. Die Erweiterte Exekutive verpflichtet die Sektionen der Komintern, das fünfjährige Bestehen der Komintern zu einer machtvollen Kundgebung des Weltproletariats für den Kommunismus zu gestalten. Für den Fall besonderer Ereignisse ermächtigt die Erweiterte Exekutive das Präsidium, vorher eine Sitzung einzuberufen.

Gleichzeitig mit dem Fünften Weltkongress soll eine Negers-Konferenz stattfinden. Die Vorarbeiten dazu werden dem Präsidium übertragen.

Das neue Präsidium der Komintern

Das Präsidium setzt sich zusammen: Simonsen, Zeikin, Terracini, Bucharin, Kadel, Kolarow, Katakama, Kuusinen, Nourath, Souvarine, Mac Manus und Schafin. Außerdem wird den skandinavischen Parteien ein Sitz freigestellt, über dessen Belegung die Parteien sich untereinander einigen sollen.

Zur Ermordung Worowskis

Die Erweiterte Exekutive gedenkt in tiefer Trauer des von der Kugel eines faschistischen Banditen gefallenen Vertreters der Sowjetregierung, Genossen Worowski. Sie gedenkt der großen Arbeit, die er in illegalen Arbeiterorganisationen in Russland, im Gefängnis und in der Verbannung, in der Exekutive der kommunistischen Internationale wie auf dem Posten eines Vertreters der Sowjetregierung, während 30 Jahren im Befreiungskampfe der russischen wie der internationalen Arbeiterklasse und im Kampfe um die Befreiung der unterjochten und geknechteten Völker des Orients geleistet hat.

Die Erweiterte Exekutive fordert die Arbeiterklasse auf, in allen Ländern ihre Wachsamkeit gegenüber den faschistischen Bänden zu erhöhen. Sie ruft die Arbeiterklasse in allen Ländern auf, alles zu tun, um die Führer des revolutionären Proletariats zu schützen und so den Plan des internationalen Kapitals, die Arbeiterklasse zu enthaupen, zu vereiteln.

Die Erweiterte Exekutive erklärt den bestehenden Klassen, daß jeder Gewalttät, den sie gegen das kämpfende Proletariat begehen, von der revolutionären Arbeiterklasse gebührend und die internationale Bourgeoisie für jeden vergossenen Tropfen proletarischen Blutes, wenn sie Stunde des Entscheidungskampfes schlagen haben wird, es schwer erdulden wird. Die kommunistische Internationale erinnert die internationale Bourgeoisie daran, daß die Arbeiterklasse zusammen mit den übrigen bedrückten Massen die große Mehrheit des Volkes ausmacht und daß es die Bourgeoisie sich selbst auszuscheiden haben wird, wenn sie das Schicksal des roten Terroris zu spüren bekommt.

Zur japanischen Frage

Das erweiterte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gibt seiner tiefen Sympathie und der Zustimmung vollster Unterstützung jenen Kommunisten gegenüber Ausdruck, die durch die autoritäre Regierung Japans aus dem einzigen Grunde eingekerkert wurden, weil sie sich mutig an die Spitze einer Bewegung stellten, die den Anschlag der Bürokratie und der militärischen Eliten, die Schulen und Universitäten im ganzen Lande zu militarisieren, jüdische machen sollte.

Die erweiterte Exekutive ist sich bewusst, daß die japanische Regierung mit dieser barbarischen Inquisitorischen Unterdrückungspolitik der Kommunisten gegenüber ausfällt, um die gesamte proletarische Bewegung zu unterdrücken, die Radikalen in Japan zu vernichten und einen Vorwand zu finden, um das "Anti-Kommunistengesetz" das

im vergangenen Jahre im Parlament durchgesetzt, auf dem Wege eines kaiserlichen Erlasses einzuführen.

Die Exekutive fordert die japanischen Arbeiter, das von den eingekerkerten Kommunisten, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse gekämpft haben, begonnene Werkellerzuführen.

Die erweiterte Exekutive ruft besonders die Arbeiter, Bauern- und Studentenjugend auf, sich der antimilitaristischen Bewegung anzuschließen.

Die wichtigsten Resolutionen zur Frage "Arbeiter- und Bauernregiment", zum "Faschismus" und schließlich die die internationale Situation und Entwicklungsstandes Weltstellung behandelnde Resolution der erweiterten Exekutive zum russisch-englischen Konflikt bringen wir in unserer nächsten Nummer.

Betrieb - Gewerkschaft

Zahlstellenversammlung des DMB Nieder-Altwaasser

Am vergangenen Sonntag tagte in Erntewiesen die jährliche Monatsversammlung. Kamerad Rinscher gab den Bericht von der letzten Konferenz und gab im Besonderen die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Josefmann bekannt, weniger die der Opposition. Er habe betont, daß der Hauptvorstand auch für zentrale Kämpfe sei. Die Einberufung der Generalversammlung könne nicht erfolgen wegen der Ruhrgebietbesetzung. Es sei schlecht aus dem Ruhrgebiet herauszukommen, und für die Delegierten eine lebensunsichere Sache. Die Union habe der Hauptvorstand gebeten, eine geschlossene Kampffront gegen das Unternehmertum herzustellen, man könne jedoch mit dieser Organisation nicht zusammengehen, die den Verband bei jeder Gelegenheit mit Schmutz bewirft. Kamerad Rinscher betont dann weiter, daß die Delegierten der Zahlstelle der Bezirksleitung das Bestehen ausgesprochen haben, weil sie der Bezirksleitung nicht nachweisen konnten, daß sie gegen das Statut gehandelt hat. Es haben die Delegierten von 49 Zahlstellen abgestimmt, während die Delegierten von 21 Zahlstellen die Konferenz schon vor der Abstimmung verlassen hatten. In der Aussprache betont Kamerad Jahn, daß das, was aus dem Bericht des Kameraden Rinscher vom Kamerad Josefmann gesagt wurde, nichts als Phrasen behauptet. Redner geht auf die wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb des letzten Vierteljahres ein, und zeigt hier an Hand von Zahlen, wie weit der Hauptvorstand sowie die Bezirksleitung die Interessen der Bergarbeiter vertreten hat. Redner erörtert an die Marktstabilisierung, Saar-Bergarbeiterstreik, die Vorgänge im Ruhrgebiet und Oberschlesien. Der Hauptvorstand hat hier gezeigt, daß er nicht gewillt ist, zentrale Kämpfe zu führen. Und es ist darum gar nicht zu verwundern, wenn die Unternehmer drauf und dran sind, die zentralen Lohnverhandlungen zu zerreißen. Bei allen Maßnahmen des Hauptvorstandes war die Bezirksleitung immer dabei, und sie hat somit die Bergarbeiterklasse belogen und betrogen. Redner verurteilt dann weiter die Haltung der Zahlstellenbelegten, die sich auf die Seite der Bezirksleitung geschlagen haben und nicht zur Mitgliedschaft, und führt ihnen vor Augen, welche Haltung sie erst auf einem Verhandlungs einnehmen sollen, wo 65 Angestellte zum Einsetzen da sind. Die Arbeitsgemeinschaft muß beilegt werden, die die Arbeiterklasse in den Abgrund geführt hat. Die Kameraden Rinscher, Riedel, Springer, Juppner versuchen gegenüber dem Kameraden Jahn einige unwahre Behauptungen aufzustellen, welcher dieser in einer persönlichen Polemik entkräftet. Unter Berücksichtigung verleiht Kamerad Rinscher ein Schreiben des seit dem Jahre 1922 organisierten Raim Schöbel, in dem dieser die Schreibweise der "Bergarbeit" und die demagogische Haltung der Bezirksleitung anlässlich des letzten Streiks aufs Schärfste verurteilt. Weiter findet Sonntag, den 22. Juni, ein Familienausflug nach Neunkirchen statt. Die Eltern möchten ihre Kinder bei den Unterhaltungen einziehen lassen.

Fleischverkauf durch den Betriebsrat

Seit 14 Tagen haben sich die Betriebsräte der Schlesiener Kohlen- und Kokswerke bemüht, einen Fleischverkauf auf dem Berg einzurichten. Es ist ihnen auch gelungen, einen autoritativen Fleischer zu bekommen, das Fleisch zu liefern. Gegenüber dem Gottesberger Fleischer liefert derselbe das Fleisch um 2000 bis 4000 Mark billiger pro Pfund. Der Handel der Kohle ist, der ungenügenden Arbeitsleistung der Betriebsräte durch die Fleischer eines Regel vorzuschreiben. Erweise war am Sonnabend auch schon ein Preisrückgang an Fleischwaren zu bemerken, ein Zeichen, daß man auch anders kann, wenn man gezwungen wird. Wenn die

Belegschaft Wert darauf legt, die Fleischpreise in normalen Grenzen zu halten, so wird sie das Unternehmen auch weiter stützen, selbst dann, wenn die hiesigen Fleischer die Preise weiter herabdrücken. Die Gründe der hiesigen Fleischer sind klar: Sie wollen das ihnen ungewohnte Unternehmen so schnell wie möglich aus dem Felde schlagen, wohl wissend, daß, wenn die Luft wieder rein ist, sie diejenigen sind, die wieder die Preise diktiert.

Ein feiner Arbeitgeber

Der bei dem Metallhändler Franz Schwanstraße, beschäftigte Kutcher hat seinen Ehe- um Wohnzulage, da es ihm nicht möglich war, mit 100 000 M. Bocksalohn sich und seine Familie zu ernähren, die sonst wie beteln gehen müßte. Für diese 100 000 M. mußte er täglich 12 bis 15 Stunden schwer arbeiten. Aber von Lohnzulage wollte Herr Franke nichts wissen. Als Antwort schickte er den alten Mann mit einer großen Kohlenhaufel auf den Kopf, so daß dieser eine große Beule bekam und Rißwunden im Gesicht hatte. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die angekommene erregte Menschenmenge drohte den "Esel" zu lynchen, dem schließlich eine gehörige Prügeln nichts geschadet hätte. Zwei Sipobeamte erschienen zwecks Aufnahme eines Strafantrages wegen gefährlicher Körperverletzung. Hoffentlich wird er dafür anständig bestraft, nicht nur mit einer Geldstrafe, damit er sich merkt, wie er mit Menschen umzugehen hat. Franz ist jetzt großspurig geworden, er denkt nicht mehr daran zurück, wie es ihm früher ging und wo er schon einmal gewesen ist. Hoffentlich bekommt der Kutcher das Geld nachgezahlt, um was er betrogen worden ist seit langer Zeit.

Gemohregelt - weil er die Wahrheit sagte!

Für Bergarbeiter Zimmer von Schacht Lohberg bei Hamborn (Ehlysenkuzern) wurde entlassen. Er hatte während des Streiks den Kumpels an Hand von Zahlen nachgewiesen, daß sie nur ein Fünftel des Friedenslohnes erhielten und dafür auch nur ein Fünftel der Friedensarbeit leisten konnten. Als er wegen der Entlassungsurkunde Auskunft forderte, erklärte die Direktion, daß er in der Bestimmung zwar nicht geirrt hätte, daß aber gerade keine künftigen Auswirkungen den Kumpels so einleuchtend gewesen wären, daß sie 500 Tonne täglich weniger gefördert hätten. Da die Kohlen ohne den Franzosen in die Hände fallen, erklärte Zimmer, diese Minderförderung liege doch ganz in der Linie des passiven Widerstandes, also in der Linie der deutschen Regierung. Da aber die Verwaltungen die behaupteten Mengen von der Ruhrhilfe bezahlt bekommen, also mehr verdienen, wenn mehr beschlagnahmt wird, wollte die Direktion davon nichts wissen, und warf den Kumpel Zimmer hinaus, weil er die Wahrheit gesagt hatte.

Verbandsrat der Kaler und Kattiner

In einer Zeit der Schwere Zulassung aller Klassenorganisationen trat der Verbandsrat der Kaler und Kattiner am 28. Juni 1923 in Jena zusammen. Das Ergebnis des Verbandstages zeigte uns, daß die alten jüdischen Parastraten der Berufsverbände nichts verzeihen und nichts hinzugeben haben. Die ausstehende Zahlungsgeld, das Angebot der Industriellen, die immer härter werdende kapitalistische Konzentration, welche die härteste Ausbeutung erzeugt und der naturnotwendig die Zusammenfassung aller Arbeiter in Industriearbeitsorganisationen folgen muß; diese schwerwiegenden Probleme erziehen gar keine oder nur eine oberflächliche Würdigung durch die Verbandsbürokratie.

Die Zusammenfassung des Verbandstages, von 120 Delegierten geleitet, 15 der Opposition an (13 KPD, 2 SPD), erschweren unsere Ge-

nossen die Arbeit auf dem Verbandstage ungenügender, da die Mehrheit mit dem Vorstand durch und durch einig war. Die ganze Tagung war eine Farce. Der Verbandstag war nur eine Staffage für die am Tage vorher stattgefundene Beiratsitzung, in der alles formuliert und die Sabotage der Industriearbeitsorganisation beschlossen wurde. Vom Vorliegenden Streik hat man den Eindruck, daß er gern Herr im eigenen Reich bleiben will. Die auf dem Verbandstage gemachten Äußerungen einzelner KPD-Mitglieder waren manchmal geradezu grotesk. Knoll vom Verbandsvorstand, der dort zum "eiserne Bestand" gehört, leistete sich einige Ausprüche, die derart verbohrt sind, daß wir sie nicht kommentieren brauchen, da sie sich selbst richten.

Im übrigen zeigt der Ausgang des Verbandstages deutlich, daß das Proletariat von dieser Sorte Führer nichts zu erwarten hat, und daß seine Aufgabe darin besteht muß, die Einheitsfront aller im Bergwerke Beschäftigten von unten herzustellen, damit ein zum Kampf gerüstetes, starkes Volkswort vorhanden ist.

Ausschlüsse über Ausschlüsse im DMB

Der alte Grundsatz: "Auch der letzte Arbeiter muß seiner Gewerkschaft angehören" kommt heute für die deutsche Gewerkschaftsbürokratie, besonders für die im DMB, nicht mehr in Frage. Sie steht heute vielmehr auf dem Standpunkt, jeden Kollegen auszuschließen, der mit der Instanzpolitik nicht einverstanden ist, um die täglich stärker werdende Opposition zu unterdrücken. Wir haben kürzlich berichtet, daß gegen den Genossen Ganderle, früherer Redakteur der "Roten Fahne" in Berlin, der nunmehr über ein halbes Jahr in Sowjetrußland weilte, ein Ausschlussverfahren eingeleitet wurde, weil er nach Auffassung des Hauptvorstandes und der Berliner Ortsverwaltung des DMB für die Schreibweise der "Roten Fahne" verantwortlich sein soll. Ein zweiter derartig gelagerter Fall liegt nunmehr vor. Unter Genosse Guido Heym, Redakteur am "Volkswillen" in Suhl, soll wegen gleicher Vergehen aus der Organisation ausgeschickt werden.

Eine eigenartige Methode, wie sie hier gegen viele Kollegen aufgezeigt wird. Als seinerzeit gegen Hirsing, den Anführer zum mitteldeutschen Arbeiterbund, und den Polizeipräsidenten Richter in Berlin, den Urheber der Beschlagnahme von Gewerkschaftsgeldern und der Verhaftung von Gewerkschaftsangehörigen, Ausschlussverfahren beantragt wurden, hat der Vorstand anders gehandelt.

Als Begründung seiner Haltung führte er an, daß die Kollegen ihre Handlungen nicht als Mitglieder der Organisation, sondern als Peasie begangen haben und Amtshandlungen von der Organisation nicht durch eine Organisationsstrafe belegt werden dürfen. So behandelt der Vorstand des DMB seine politischen Freunde. Kommunistische Verbandsmittglieder werden von ihm als Feind mit gejagt, bekämpft und ausgeschlossen. Es zeigt sich mehr und mehr, daß der Vorstand des DMB nicht als Förderer der Berufsinteressen wirkt, er schädigt die Organisation nur durch die üble Hyde gegen die Opposition.

Ein netter Arbeitervertreter

Kürzlich verunglückte der Lebensmittel- und Getreidearbeiter-Verband, Herr Orsper in Breslau zu sein. Als die Arbeiter des Deutschen Bergarbeiterbundes in Lignitz am Anerkennen eines Schiedsspruches vom Rheiniger Schlichtungsausschuß im Streik standen, wurde ihnen eine 100-110 prozentige Lohn-erhöhung zugesprochen. 100 Prozent erhielten die "Bode", Grunzig und Koblentz, 110 Prozent erhielten die Kattiner, Fruchtstapferei und Weinhandlungen. Alle Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab. Infolgedessen wurde am Freitag, den 22. Juni, abends, der Streik mit 256 gegen 6 Stimmen beschlossen. Da aber die Weinhandlungen beschlossen, zita 14 Mann, im Lebensmittel- und Getreidearbeiter-Verband organisiert waren, beabsichtigten diese Kollegen erst ihren Angehörigen. Derselbe kam am Sonnabend, und er verhandelte mit einem Unternehmer, der ihm ein Angebot von 50-60 Prozent machte, was er selbstverständlich ablehnte. Die Kollegen streikten am Montag mit nur 14 Mann. Am selben Tage wurde aber von den Kollegen eine Betriebsversammlung abgehalten, in der gegen 3 Stimmen beschlossen wurde, die Arbeit aufzunehmen, da der Unternehmer gewillt ist, den Lohn zu bezahlen, der von den Streikenden herausgeholt wird. Die Kollegen nahmen nun die Arbeit wieder auf.

Im Mittelnah kommt nun die Arbeitervertreter und schließt bei dem Unternehmer Orander einen Vertrag ab mit 100 Prozent und der Schlichtungsausschuß hatte 110 Pro-

zent gefällig; infolgedessen mußten wir gezwungen für 100 Prozent den Streik abbrechen. Damit hatte dieser laubere Ursache nicht nur die Geschäfte der Unternehmer des Berges und die Arbeiter vor dem Schlichtungsausschuß in Mißkredit gebracht, sondern er hatte zugleich als Lohnrücker sein lauberes Handwerk geführt. Es wird die höchste Zeit, daß mit solchen Kreaturen ausgeräumt wird.

Starke Worte - keine Laten!

Durch den immer stärker werdenden Druck der Massen leben sich die gewerkschaftlichen Instanzen an manchen Orten gezwungen, einen Scheinkampf gegen das Unternehmertum zu führen. Die sehr es ihnen dabei nur auf eine Täuschung der Arbeiter ankommt, zeigt das Ergebnis der Bezirkskonferenz der Ortsausschlüsse des Bezirks 11, Hamburg. Einzelne Stellen aus dem Einladungsschreiben zu dieser Konferenz müßten der Mittelwelt zur Kenntnis gebracht werden, aus dem Grunde, weil man seinen starken Worten wieder keine Laten hat folgen lassen. U. a.:

"Merke Genossen! Die mit erschreckender Schrecklichkeit zunehmende Vereinerung der Arbeiterklasse hervorgerufen durch die teuere Wirtschaftspolitik der Regierung und deren fürchterliche Auswirkung in dem rapiden Zusammenbruch unserer Mark, seine deutlichsten Merkmale der Unzulänglichkeit zeigt, hat auch jene Kreise nachgerückt, die bisher mit stolchem Gleichmut der Dinge harrten, die da kommen sollten."

Daß der Glaube an eine Besserung unseres Wirtschaftslebens aus breiten Kreisen der Arbeiterklasse völlig geschwunden ist, seit Jahr und Tag wird der Kampf mit den Stützorganisationen der Arbeiter um ausreichende Entlohnung geführt (mit völlig unzulänglichen Mitteln).

Sondern darüber hinaus auch mit den einzelnen Berufsorganisationen eingehende Beratungen gepflegt wurden, wie durch eine Umgestaltung der heutigen Formen nicht nur den gewerkschaftlichen Lohnkämpfen, sondern ebl. durch eine völlige Umgestaltung der ganzen Gewerkschaftsbewegung den über uns hereinbrechenden Ereignissen Einhalt und Abbruch geschaffen kann. (d. h. in verständliches Deutsch übertragen: Konzentration der Arbeiter in Industrieverbänden mit erhöhter Kampfkraft. Die Red.)

Aber eine bedeutsame Lehre kann trotz aller Mißerfolge verzeichnet werden, die Einsicht, daß nur die einzigen, festgeschlossenen Massen der Gewerkschaften in der Lage sind, sich mit Erfolg den über uns hereinbrechenden Gefahren entgegenzustellen und die wilden Verhältnisse unserer gesamten Wirtschaft wieder in Bahnen zu lenken, die eine bessere Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft gewährleisten."

Diese Einsicht konnte nur Platz greifen durch die intensive Aufklärungsarbeit, die von den Kommunisten geleistet wurde. Sie ist ganz bestimmt nicht das Produkt der Gewerkschaftsführer. Im übrigen bedeuten die obigen Sätze eine Anerkennung unserer Einheitsfrontpolitik. Das Resultat der Konferenz liegt vor. Was haben die Gewerkschaftsführer getan, um ihre Worte in die Tat umzusetzen? Sie haben auf der Konferenz schöne Reden gehalten, und die delegierten Arbeiter sind ebenso schlau, wie sie nach Hamburg gekommen sind, wieder abzuführen.

So geht es den verunglückten Bergproleten!

Kürzlich verunglückte auf den Schlesiener Kohlen- und Kokswerken in Lignitz der Bergarbeiter Bittner aus Gottesberg und der Schlesiener Mahner aus Lignitz. Echter bei Aufzählung des Stabes, indem er vom Korb erlöst und zu Tode gequert wurde. Letzterer wurde von einem herabfallenden Bolzen am Hinterkopf getroffen und erschlagen. Beide wurden auf den Zellhammer Friedhof ins Leichenhaus geschafft, wo sie fast eine Woche liegen blieben, bevor sie zum Kohlenstaub gereinigt wurden.

Am Sonnabend abend gegen 8-Uhr erschien ein Gespann der Schlesiener Kohlen- und Kokswerke. Der Kutcher war beauftragt worden, die Leiche des Bittner vom Leichenhaus nach Gottesberg zu transportieren, da Sonntag die Beerdigung stattfand. Es stellte sich nun heraus, daß man es noch nicht für nötig befunden hatte, die Leiche wenigstens einem Kollarg anzubringen, indem doch auch schon die Leiche des Bittner ausließ. Da der Kutcher aus keinen Sarg mitbrachte, mußte er unverrichteter Sache wieder abfahren, um einen Sarg zu beschaffen.

Hieraus kann man erkennen, daß das Grubenkapital, wo überhaupt die kapitalistische Klasse kein Interesse mehr hat an Arbeitern. Sie sind nicht mehr ausbeuten können und die ihnen keine Profite mehr zuzugewinnen. Nachdem die Arbeitssklaven ihre Knochen für die kapitalistische Gesellschaft zu Markte gelangen haben, läßt man sie achlos liegen. Es muß Anzeichen der Belegschaftsmittglieder der Lignitzer sein, die Direktion zu zwingen, daß diese Leichen endlich einmal aus der Welt geschafft werden.

...eine ... die ...

Aus der Provinz
Sturmzüge Rothbach und Oberland
Aus ...

... am ...

... den ...

... die ...

... die ...

Der ... hat ...

Niederhermaherl.
... die ...

Niederkammer.
... die ...

Wittwasser.
... die ...

... die ...

... die ...

Ober-Rangenberg.
... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Arbeiterportier.
... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Veranstaltungs-Kalender.

KPD
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...

KKK
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...

Warnung!

Wir warnen jeden vor Gebrauch und Verbreitung ...

Der Bildungsausschuß

Abends 8 Uhr im Schieferwerder ...

1. Übungsabend des kommunistischen Männer-Chors

Alle jugendlichen Genossen müssen unbedingt erscheinen ...

Sportplatz Krietern

Sonnabend, den 14. Juli, nachm. 6 1/2 Uhr

Grosses Fußball-Wettspiel

Leipzig West 03 — Breslau Süd

Sonntag, den 15. Juli, vormittags 10 Uhr

Leipzig West 03 — Breslau Süd

vorher Süd i. Jgd. — Sturm i. Jgd.

Kaufe

Gold-Silber-Platin-Bruch Zahngebisse Uhren zu höchsten Tagespreisen

E. Beyer
Blücherstraße 15

KJD
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...

Andere Organisationen
Breslau, Freitag, den 13. Juli, abends 7.30 Uhr, im ...

Zu kaufen gesucht
Ein ...
Beachtet unsere Inserenten!

Der Banterott Deutschlands!

180 Seiten stark. Preis brosch. 4000 Mt.

Deutschland — eine Kolonie?

von Dr. Eugen Pawlowski.

Aus dem Inhalt hebt man folgende Kapitel hervor:

1. Welchen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.

90 Seiten stark. Preis 2500 Mt.

Die Not der Proletarierfinder

Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD

20 Seiten stark. Preis 300 Mt.

Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien c. o. m. g. Breslau / Nikolaistraße 49/50. Abteilung Buchhandlung.

WOLFF & KÜTNER

GLEWITZ, NIKOLAISTRASSE 16

Manufaktur- und Modewaren - Herrenkonfektion
Herren- und Damenwäsche